

**Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 03. Februar 2009**

Vorlagen-Nr. 08-F-06-0064

**Verbot der Herkunftssprache als Mittel der Integration?**

**- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 26.11.2008 -**

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob es in Umsetzung des Beschlusses Nr. 114 der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Februar 2006 zu Vereinbarungen an Schulen gekommen ist, die die Schüler/innen verpflichten, sich auf dem Schulgelände generell in deutscher Sprache zu verständigen.  
An welchen Schulen gibt es solche Vereinbarungen?

Wie beurteilt der Magistrat die Wirkung solcher Vereinbarungen angesichts des Gebotes des Artikels 3 GG und der fachwissenschaftlich fundierten Auffassung, dass die Pflege und Förderung der Herkunftssprache dazu beitragen jede weitere Sprache besser zu erlernen und dass die Beherrschung möglichst vieler Sprachen in der globalisierten Welt einen unschätzbaren Wert für jeden Menschen darstellt.

---

**Beschluss Nr. 0005**

1. Der Antrag der Linken Liste vom 26.11.2008 betr.

Verbot der Herkunftssprache als Mittel der Integration?

hat durch den mündlichen Bericht von Herrn Kirchen (Staatl. Schulamt) und die in der Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

2. Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass eine gemeinsame Presseerklärung (Staatl. Schulamt und Ausländerbeirat) vorbereitet wird.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2009

Spruch  
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .02.2009

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .02.2009

1. Dezernat VIII
2. Staatliches Schulamt
3. Ausländerbeirat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Oberbürgermeister